Nr. 206 — 21. Jahrg. — Mittwoch, 6. September 1922

Fernsprecher:
Redaktion 32723 — Geschäftsstelle 32722
Postscheckkonto: Dresden Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden-A. 16, Holbeinstraße 46

Bezugspreis: Monat Septbr. 80 M. Einzelnummer 3 M. Die Sächsische Volkszeitung erscheint wöchentlich sechsmal. Anzeigenpreis: Die eingespaltene Petitzeile 10 M. für Familien- u. Vereinsanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 8 M. Die Petit-Reklamezeile im redaktionellen Teil, 89 mm breit, 35 M. Für Inserate mit besonderer Plazierungsvorschrift auf obige Preise 25 Prozent Zuschlag. Offertengebühr: für Selbstabholer 2 M. bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Im Falle höherer Gewalt oder beim Ausbleiben der Zeitungslieferungen usw. erlischt jede Verpflichtung auf Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und Leistung von Schadenersatz.

Sprechstunde der Redaktion: 5—6 Uhr nachm. Nicht ausdrücklich zurückverlangte und mit Rückporto nicht versehene Einsendungen an die Redaktion werden nicht aufbewahrt.

Für undeutlich geschriebene sowie durch Fernsprecher aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.

Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vormittags. — Annahmestellen in Dresden: Schaldach'sche Buchhandlung, Inhaber P. Beck Schloßstraße 5, in Bautzen: Franz Kurzat, An der Petrikirche 4

Tagesschau

Am Montag morgen traf der Reichspräsident zur Teilnahme an der Herbstwoche für Kunst und Wissenschaft in Begleitung der Reichsminister Geßler und Radbruch in Kiel ein.

Der langjährige Oberhof- und Domprediger Dr. v. Dryander ist Montag mittag in Berlin im Alter von 79 Jahren nach schwerer Erkrankung gestorben.

Nach einer Meldung aus London hat die griechische Regierung die Alliierten um Vermittelung eines Waffenstillstandes ersucht.

Der Reichskanzler empfing Fritjof Nansen in Audienz. Die Besprechungen hingen mit einer neuen Aktion Nansens zugunsten der Russen zusammen.

Der alte Bergarbeiterverband und die übrigen Bergbaugewerkschaften haben sich nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" gegen das Verfahren von Ueberschichten erklärt, die nach dem Plane von Stinnes zur Sicherung der Kohlenlieferungen vorgesehen waren.

Taihoku auf Formosa ist von einem schweren Erdbeben heimgesucht worden.

Es verlautet in Genfer informierten Kreisen, Cecil werde im Völkerbund den Vorschlag einbringen, eine fünfgliedrige Untersuchungskommission zum Studium der Wirtschaftslage in Deutschland zu bilden.

Aufschub — nicht Lösung!

Die Entente — soweit man noch von einer solchen sprechen darf — sucht weiter mit Kompromissen gegen die klar zutage liegenden Forderungen der Vernunft Sturm zu laufen. Man hat von neuem einen Ausweg eingeschlagen, der eben in Wahrheit kein Ausweg ist, sondern nur ein Hinausschieben der wohl oder übel einmal notwendigen Revision vom „Frieden", soll nicht alle staatsmännische Weisheit dieser Weltpolitiker doch noch im völligen Ruin enden. Von uns selbst hängt das Ganze ja herzlich wenig ab. Wir sind vorläufig ein Spielzeug der Weltpolitik geworden, mag man das auch auf gewisser Seite nicht einsehen wollen, und es hilft dagegen kein Säbelrasseln mit Waffen, die man gar nicht besitzt. Und die Frage ist eine schwere Schicksalsfrage: Wird Frankreich dieses Spielzeug zerbrechen? Wird die verantwortliche Kulturwelt dem selbstmörderischen Treiben noch Einhalt gebieten, solange es Zeit ist?

In Genf tritt dieser Tage wieder einmal der sogenannte „Völkerbund" zusammen, und wozu? Um wieder einmal eine mehr oder weniger wichtige Spezialfrage anzuschneiden, so z. B. die Rettung Oesterreichs, das man erst soweit ins Unglück hineingeritten hat. Aber keinesfalls, um sie zu lösen, weil man eben einfach das Schicksal eines Einzelstaates nicht abwenden kann, ohne endlich mit unerbittlicher Konsequenz die Sonde an das große Weltproblem anzulegen, ohne mit anderen Worten von dem Wahnsinn der bisherigen Friedensmethoden abzulassen. Aber so wie der Völkerbund heute besteht, ist er ein Strick, um die Wirtschaft eines Volkes zu erwürgen, um wirtschaftlich schwache Mächte noch mehr zu schwächen. So wie der Völkerbund heute ist, ist er keine Stütze des Weltfriedens, sondern Zündstoff für neue Weltkriege." Dies Urteil Kardinals Faulhaber ist nur zu schlagend! Was nützt der Welt ein solcher Völkerbund, der nicht dem Weltfrieden, sondern der Weltbörse dient!

Und was wird mit uns werden? Diese Frage ist immer noch so ungewiß wie zuvor. Man verhandelt weiter: Abermals sollen Vertreter, diesmal der belgischen Regierung, in Berlin eintreffen, um Verhandlungen über die Garantien für die Schatzwechsel zu führen, die wir nach der Pariser Entscheidung an Belgien als Ersatz der Barzahlungen zu leisten haben. Die deutsche Regierung hat nur die Wahl, ob sie bei der Ausführung der Pariser Entscheidung mitwirken will oder nicht. Die Situation ist diesmal gegenüber früheren ähnlichen Situationen insofern verschieden, als die Entscheidung der Reparationskommission einen Akt der Zustimmung oder Ablehnung durch die deutsche Regierung notwendig macht. In früheren Fällen handelte es sich darum, daß die deutsche Regierung nur ein Diktat entgegen zu nehmen hatte, und daß sie ihre Zustimmung oder Ablehnung nur durch Zahlungsleistungen oder deren Verweigerung kundzugeben hatte. Jetzt wird von der Regierung wieder eine Unterschrift verlangt. Dieser Unterschied ist insofern nicht unwesentlich, als sie im Sinne einer Anerkennung ihrer Leistungs- und Zahlungsfähigkeit gedeutet werden könnte. In einem Teil der deutschen Oppositionspresse ist auf diesen Umstand bereits hingewiesen worden. Wenn die deutsche Regierung, so hieß es ungefähr, ihre Unterschrift unter die Schatzwechsel setzt, so handelt sie damit gerade wie ein Kaufmann, der einen Wechsel unterschreibt, obwohl er weiß, daß er ihn am Verfalltage nicht einlösen kann. Eine solche Handlungsweise sei aber als unanständig und betrügerisch zu bezeichnen. Nicht genau so, aber ähnlich war es zu lesen. Was ist dazu zu sagen? Zunächst dies, daß auch der Empfänger der Schatzwechsel, nämlich Belgien, genau darüber orientiert ist, wie die Dinge stehen. Belgien weiß, daß Deutschland nicht in der Lage ist, Barzahlungen zu leisten. Belgien ist an einem Beschlusse beteiligt, in dem der Satz steht, daß Deutschland im In- und Auslande kreditunwürdig geworden ist, weil die Mark auf ein Dreitausendstel gesunken sei. Belgien muß sich mithin darüber im Klaren sein, wie es um die Möglichkeit einer Einlösung der von Deutschland zu unterschreibenden Schatzwechsel steht, und da Belgien diese Klarheit tatsächlich besitzt, so kann von einer unanständigen Handlungsweise keine Rede sein, wenn die deutsche Regierung sich entschließen sollte, ihre Unterschrift unter die von ihm geforderten Schatzwechsel zu setzen.

Weil die Gläubiger Deutschlands wissen, wie es um unsere Zahlungsfähigkeit bestellt ist, darum verlangen sie ja Garantien für die Einlösungen der Schatzbonds. In erster Linie, man kann sogar sagen ausschließlich, ist Belgien an diesen Garantien interessiert, denn Belgien hat auf Grund der ihm im Friedensvertrag eingeräumten Priorität alleinigen Anspruch auf die in diesem Jahre fälligen Barzahlungen. Es hat auch infolgedessen das alleinige Interesse an der Erlangung der Garantien, von denen in dem Beschluß der Reparationskommission die Rede ist. Aber was erleben wir? Die französische Presse gebärdet sich nach dem Beschlusse der Reparationskommission in einer Art und Weise, daß sie der Gefahr der Lächerlichkeit anheimzufallen droht. Statt Belgien, das doch schließlich ein selbständiger und souveräner Staat ist, die Wahrung seiner Interessen selber zu überlassen, wirft sich diese Presse unberufenerweise zum Sachwalter Belgiens auf und stößt Drohungen gegen Deutschland aus für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien nicht zu dem gewünschten Erfolge führen würden. Nebenbei ist man mit der Haltung Belgiens auch höchst unzufrieden. Charakteristisch ist die Aeußerung des Temps, der der Reparationskommission und damit indirekt auch dem belgischen Vertreter den Vorwurf macht, sie hätten die belgischen Interessen außer acht gelassen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es den Ministern Theunis und Jaspar in den Verhandlungen mit Deutschland gelingen werde, den Schaden für Belgien zu reparieren. Dann kommt die bei einem französischen Blatte von der Richtung des Temps nicht verwunderliche Verdächtigung, daß Deutschland bereits jetzt versuchte, über die von ihm verlangten Garantien zu täuschen. Die deutsche Regierung werde sich irren, wenn sie glaube, daß ihr alle Winkelzüge gestattet seien und daß sie die Verhandlungen mit Belgien hinausschieben könne. Die Tür für alle Schikanen und betrügerischen Manöver sei zwar wieder einmal offen, die französische Regierung aber werde ein wachsames Auge haben. Frankreich halte sich bereit zu handeln, für den Fall, daß Deutschland die von der belgischen Regierung verlangten Garantien nicht geben soll. Soweit der Temps. Er gebärdet sich belgischer als Belgien, er gebärdet sich — französisch.

Wir hoffen, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Belgien von einem anderen Geiste getragen sind, als er in der französischen chauvinistischen Presse in Erscheinung tritt. Die Frage der Garantien ist heikel, und es ist einstweilen nicht abzusehen, wie sie befriedigend gelöst werden soll. Nur guter Wille auf beiden Seiten kann hier zum Ziele führen. „Reale Garantien", wie man früher sagte, oder „produktive Pfänder", wie man heute sagt, kann Deutschland nun einmal nicht bieten. Weder das staatliche Eigentum an Bergwerk und Forsten, noch das Gold der Reichsbank — einer privaten Bank, wie man immer wieder betonen muß, — können als Pfänder in Frage kommen. Eine Inanahme der Einnahmen des Reiches in einem Maße, daß die belgischen Schatzwechsel nach einem halben Jahre in Gold eingelöst werden können, ist auch im günstigsten Falle nicht zu erwarten. Wir wollen der deutschen Regierung bei ihren Entscheidungen nicht vorgreifen, aber uns will scheinen, daß wir Belgien im ureigensten Sinne des Wortes schließlich doch nur Wechsel auf die Zukunft bieten können. Die Garantien zu leisten, liegt weniger in unserer Macht als in der Macht der großen Weltbankiers.

Vor Ablauf der Frist, die für die Einlösung der Schatzwechsel gesetzt ist, soll das Reparationsproblem auf der in Aussicht genommenen internationalen Finanzkonferenz in Angriff genommen werden. Bis dahin kommen wir allerdings dem ersehnten Weltfrieden um keinen Schritt näher, und ob man von dieser neuen Konferenz das Heil der Welt erwarten darf, wer vermöchte nach den bisherigen Erfahrungen darauf zu hoffen. Wenn die feindlichen Staaten nicht endlich den guten Willen mitbringen, endlich von dem bisherigen Wege der Reparationen abzustehen, dann keinesfalls! Die Grundlage ist falsch, auf der man den Frieden sucht. Man lege endlich den Würgestrick der Reparationen aus der Hand, wenn einem das auch noch so schwer fällt. Nur wenn diese Vernunft endlich durchzudringen vermöchte, dann hätten die jetzigen Verhandlungen mit Belgien überhaupt einen Sinn. Im anderen Falle sind sie niemals imstande, uns auf dem Wege der Verständigung auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen.

Grenzen der Erfüllungspolitik

Das Kabinett Wirth ist in Paris nicht mehr beliebt. Seine Beliebtheit war allerdings von Anfang an nicht groß, denn an der Seine begrüßt man natürlich keine deutsche Regierung mit Sympathie, die eine Politik betreibt, von der man eine Schädigung der französischen Interessen befürchten zu müssen glaubt. Worin bestand die „Gefährlichkeit" des Kabinetts Wirth für Frankreich? Sie bestand, kurz gesagt, in der Ausweichtaktik, die dieses Kabinett in der Reparationsfrage einschlug. Es folgte nicht den Ratgebern auf der äußersten Rechten, die es auf Biegen oder Brechen ankommen lassen wollten und eine Politik des passiven Widerstandes gegen die uns auferlegten Zahlungen empfahlen, sondern es suchte die Waffe des Gegners stumpf zu machen und die Anwendung militärischer Waffen überhaupt unmöglich zu machen. Das Mittel zu diesem Zwecke war die sogenannte Erfüllungspolitik. Sie bestand darin, daß Deutschland den Beweis erbrachte, einerseits, daß es guten Willens war, zu zahlen, was es zahlen konnte, andererseits, daß die finanziellen Forderungen, die man an uns gestellt hat, von uns nicht erfüllt werden konnten und daß auch der Versuch einer Erfüllung eine vollständige Desorganisation der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa und der Welt zur Folge hatte. Es war ein schmerzvoller Kreuzweg, auf den das Kabinett Wirth das deutsche Volk geführt hat, führen mußte, um die Waffe des Gegners stumpf zu machen und seinem Zuschlagen zu entgehen. Die Berechtigung zu einer solchen Handlungsweise lag für das Kabinett Wirth darin, daß die Wahl des anderen Weges, der von der äußersten Rechten empfohlen wurde, über das deutsche Volk ein noch viel härteres Schicksal und noch viel schlimmere Leiden heraufbeschworen hätte. Bis zum Mai 1921 und Monate nachher waren England und Frankreich durchaus einig in ihrer Politik gegen Deutschland, und Frankreich hätte bis in den Sommer 1921 hinein keinen Widerstand bei England gefunden, wenn es damals mit Sanktionen gegen ein die Zahlungen verweigerndes Deutschland vorgegangen wäre. Ein Erfolg der Politik des Kabinetts Wirth war es, daß die Wege Englands und Frankreichs sich trennten, weil in England die wirtschaftliche Einsicht auch in ihrem Einfluß auf die englische Politik stark genug war, um eine Abkehr von den alten Methoden zu bewirken. Sobald einmal dieser Effekt bewirkt war, war die Situation für das Kabinett Wirth eine andere geworden. Jetzt konnte es mit Fug und Recht sagen: Wir haben unseren guten Willen bewiesen, den Weg zu gehen, auf den ihr uns gezwungen habt, aber jetzt können wir nicht mehr weiter, weil wir vor dem Zusammenbruch stehen. In dieser Krise der Erfüllungspolitik stehen wir auch heute noch. Das Kabinett Wirth ist jetzt im Begriffe, den Nachweis zu führen, daß es eine bedingungslose Erfüllungspolitik niemals zum Grundsatze erhoben hat. Wir haben es dank der Politik des Kabinetts Wirth so weit gebracht, daß wir gegen gewisse Forderungen Frankreichs opponieren können, ohne sofort den Einmarsch französischer Truppen in Deutschland unter Gutheißung Englands befürchten zu müssen. Wir dürfen es wagen, die Ueberweisung „produktiver Pfänder", mag es sich nun um staatliche Forsten, Bergwerke oder Gold handeln, abzulehnen, ohne daß Poincaré sich in der Lage sieht, seinen heißesten Herzenswünschen zu folgen und die französischen Bataillone marschieren zu lassen.

Demnächst beginnen nun die Verhandlungen mit Belgien wegen der Garantien für die Schatzwechsel. Es ist selbstverständlich, daß auch bei diesen Verhandlungen die deutsche Regierung die Grenzen der Erfüllungspolitik, die wir erreicht haben, nicht überschreiten kann. Die Deutschnationalen scheinen, wenn man ihrer Presse glauben darf, vorauszusetzen, daß das Kabinett Wirth die „letzten Reserven" Deutschlands zu opfern bereit ist, und sie sprechen schon davon, daß dadurch der Untergang des Volkes besiegelt werden würde. Wir meinen, diese Presse täte gut daran, zunächst einmal abzuwarten, ob sie ihre Kassandrarufe ertönen läßt. Sie sollte eigentlich schon aus dem Verhalten des Kabinetts Wirth in den letzten Tagen und Wochen die Erkenntnis geschöpft haben, daß das Kabinett nicht willens ist, über Grenzen, die unüberschreitbar sind, hinauszugehen. Der Stellung des Kabinetts Wirth gegenüber dem Auslande und dem Interesse der deutschen Nation kann es allerdings nicht dienlich sein, wenn in Organen, die diese Interessen der deutschen Regierung gegenüber wahren zu müssen glauben, von dem Kabinett Wirth als von einer Regierung die Rede ist, deren „Unzuverlässigkeit sprichwörtlich" sei, und die sich schon längst um allen Kredit und alles Ansehen gebracht habe. Es ist unverantwortlich, in schwerster Stunde der Regierung in dieser Weise in den Rücken zu fallen. Sie kann unerträglichen Zumutungen nur dann mit der gebührenden Autorität und mit dem erforderlichen Nachdruck entgegentreten, wenn das ganze Volk geschlossen hinter ihr steht und wenn ihr wenigstens niemand in den Rücken fällt. Die oben von uns zitierten, abfälligen Bemerkungen über das Kabinett Wirth sind der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" entnommen, die wegen dieser und anderer Aeußerungen vom preußischen Minister des Innern verboten worden ist. Ihre Wirkung zeigt sich unverkennbar in der Meldung des Berliner Berichterstatters eines der chauvinistischsten Pariser Blätter, der „Liberté". Dieser Berichterstatter meldet, daß die Autorität des Kabinetts Wirth mit jedem Tage schwächer werde, und daß man seinen baldigen Sturz voraussehe. Diese Behauptung ist ebenso unrichtig wie die Behauptung des deutschen Blattes, daß das Kabinett Wirth im Auslande im Rufe notorischer Unzuverlässigkeit stehe. Tatsache ist, daß das Kabinett Wirth sich in den weitesten Kreisen des Auslandes, Frankreich nicht ausgenommen, wenn man sich auch dort hüten wird, es einzugestehen, ein großes Maß von Respekt und von Vertrauen erworben hat. Wobei wir allerdings das Vertrauen nicht auch auf Frankreich beziehen möchten.

Die Politik des Kabinetts Wirth ist noch nicht zu Ende geführt. Es ist töricht und unehrlich, von einem Fiasko dieser Politik zu sprechen, wie es ihre rechtsradikalen Gegner tun. Es wäre aber auch verfrüht und töricht, dem Kabinett Vorschußlorbeeren zu spenden, und es gewissermaßen schon als Triumphator zu feiern. Davon kann nicht im entferntesten die Rede sein. Aber das Kabinett kann Anspruch darauf erheben, gestützt auf eine große Mehrheit des deutschen Volkes, seine Politik der allmählichen Loslösung des deutschen Volkes aus den Klammern des Versailler Vertrages fortzusetzen. Seine Politik war bisher durchaus konsequent, und wenn sie auch dem deutschen Volke große Opfer zumutete, so kann doch nur parteipolitische Voreingenommenheit davon reden, daß das Kabinett nationales Gut leichtsinnig verschleudert habe und sich nicht der Grenzen der sogenannten Erfüllungspolitik bewußt gewesen sei.

Deutsches Reich

Preußens Dank an die Oberschlesier

Berlin, 4. September. Die preußische Staatsregierung hat an den Oberpräsidenten von Oppeln folgendes Telegramm gerichtet: Mit gewaltiger Mehrheit hat sich die oberschlesische Bevölkerung für das Verbleiben beim preußischen Staate ausgesprochen. Die preußische Staatsregierung dankt den Oberschlesiern für den Beweis der Treue auf das wärmste. Sie wird ihren Stolz darin erblicken, in harmonischer Zusammenarbeit mit der Bevölkerung das Land zu neuer Blüte emporzuführen. Ministerpräsident Braun.

Zusammenstöße mit französischen Matrosen in Danzig

Danzig, 4. September. Infolge des herausfordernden Verhaltens eines französischen Matrosen des französischen Kriegsschiffes „Marne" in Danzig gegen einen Arbeiter kam es zu Zusammenstößen zwischen Matrosen und Arbeitern, wobei die Matrosen verprügelt wurden. Schließlich mußte Schutzpolizei die Erstürmung eines Kaffees, in das sich die Matrosen geflüchtet hatten, verhindern. Einer der Matrosen, der tätlich gegen einen Beamten geworden war, wurde in die Bahnhofswache gebracht.

SLUB
Wir führen Wissen.